

Räte fordern mehr Informationen zum IGI

Warthauer Rat vertagt erste Entscheidung zum Planentwurf -
Verbandsversammlung muss ausfallen - Das sind die Kritikpunkte

Von Andreas Spengler

Warthausen

Der Warthauer Gemeinderat hat eine erste Entscheidung über den Bebauungsplan zum Interkommunalen Industriegebiet im Rißtal (IGI) vertagt. Im Rat wurden Bedenken und Kritik laut, vor allem fühlten sich die Räte unzureichend informiert. Die anberaumte Verbandsversammlung am 17. Oktober sowie die für 6. November geplante Bürgerversammlung müssen daher verschoben werden. Befürworter befürchten weitere Verzögerungen.

Nicht weniger als die Einlösung eines großen Versprechens wollten die Planer des Büros Lars Consult im Warthauer Rat am Montagabend präsentieren. Ein grünes Industriegebiet ist möglich, das war die Kernbotschaft des Vorentwurfs zum IGI-Bebauungsplan: „Wir können den kompletten ökologischen Ausgleich vor Ort leisten“, betonte Lars Consult-Geschäftsführer Bernd Munz. Nahezu 700 Bäume sollen auf dem IGI-Gelände gepflanzt werden, ein 45 Meter breiter Grünstreifen soll das Gebiet durchziehen und im südwestlichen Bereich wird eine ökologische Ausgleichsfläche geplant. Die Firmen würden demnach verpflichtet, zum Beispiel artenreiche Blühstreifen anzulegen. Einzig für den Verlust der landwirtschaftlichen Flächen müsse ein Ausgleich außerhalb des Gebiets erfolgen.

Räte fordern mehr Vorschriften

Ratsmitglied Philipp Eggensberger (ÖBB) ging das nicht weit genug: Er verwies darauf, dass im Bebauungsplan immer noch zu wenig klare Vorschriften stünden. So heißt es darin zum Beispiel: „Baumaterialien, die eine nachweisliche Belastung für Mensch und Umwelt zur Folge haben, sollten bei der Bauausführung vermieden werden.“ Das müsse deutlich vorgeschrieben werden, forderte Eggensberger. Munz entgegnete, über Änderungsvorschläge und Kritik an dem Planwerk würde ohnehin bei der Öffentlichkeitsbeteiligung abgestimmt werden.

„Wir müssen dem Entwurf heute zustimmen, dann kommt das Verfahren ins Rollen“, sprang ihm Franz Schuy (CDU) bei. „Wenn nicht, kommt es wieder zu Verzögerungen.“ Schuy verwies auf Firmen wie den Herrlishöfer Metallbauer Manz: „Die Firma sucht seit Jahren nach Erweiterungsflächen.“

Eggensberger forderte dagegen, bei den potenziellen Firmen den „akuten Bedarf“ abzufragen. Außerdem müsse verhindert werden, dass sich „auswärtige“ Gewerbetreibende ansiedelten. Rund die Hälfte des Gebiets gehöre ohnehin bereits der Firma Handtmann, betonte Munz und fügte hinzu: „Und der Zweckverband kann sagen, ob er ein Grundstück verkaufen will oder nicht.“ Das sei auch die Einschätzung des Juristen, der die Planungen begleitete. Eggensberger entgegnete: „Das hätte ich gerne schriftlich gelesen.“

Bahnhalt spielt Schlüsselrolle

Eine Schlüsselrolle in dem Gebiet spiele auch der mögliche Bahnabschluss, betonte indes Rudolf Haug (ÖBB), das habe auch das Regierungspräsidium stets betont. „Wenn das IGI kommt, muss auf jeden Fall ein Güterbahnhof her“, forderte Haug. Der Bebauungsplan sei dagegen „Wischi-Waschi“. „Wir können die Schienennutzung für die Firmen im Bebauungsplan nicht festsetzen“, erklärte Munz. Diese Freiheit sei Teil der freien Marktwirtschaft. Am Ende sei entscheidend, was in dem Gebiet produziert oder verarbeitet werde.

Geplant sei nicht nur ein Gütergleis, sondern auch ein Halt für den Personenverkehr – in Kombination mit einem Park-and-Ride-Platz. Dieser soll von Personen genutzt werden, die zum Beispiel in Warthausen wohnen und mit dem Zug zur Arbeit nach Ulm fahren. Kritik daran äußerte Peter Maier (ÖBB): „Das Verkehrschaos reicht ja jetzt bereits jeden Tag bis zur B 30.“ Wenn dann Pendler auch noch zum Park-and-Ride-Platz fahren, würde der Verkehr rund um Herrlishöfen eher zunehmen.

Sein Fraktionskollege Eggensberger bedauerte, dass der Gemeinderat offenbar „unter Zeitdruck“ eine Entscheidung fällen müsse. Schließlich sah die Beschlussvorlage vor, dass sich der Rat auf eine Weisung einigen sollte, nach der die Verbandsvertreter in der Versammlung am Donnerstag hätten abstimmen sollen. „Sie beschließen heute ja noch nicht den Bebauungsplan“, sagte Munz. Und sein Kollege Robert Geiß fügte hinzu: „Sämtliche Fachgutachten wurden eingearbeitet. Wir haben hiermit eine hohe Planungssicherheit, die in dieser Genauigkeit zum jetzigen Stand des Verfahrens noch gar nicht vorgeschrieben wäre.“

Ulrich Geister (FW) kritisierte dennoch, dass die Fachgutachten den Räten nicht zugegangen seien. „Ich will ja wissen, über was ich abstimme.“ Bürgermeister Wolfgang Jautz verwies erneut darauf, dass die Gutachten in dem Plan eingearbeitet seien. Die Räte hätten eine „ganz klar strukturierte Vorlage“ erhalten.

Zweckverband verschiebt Sitzung

Doch das Misstrauen schien am Ende offenbar größer: „Wir haben ein wahnsinniges Informationsdefizit“, sagte Heribert Moosmann. „Mir ist die Firma Manz auch wichtig“, sagte er. Dennoch helfe ein Schnellschuss der Firma nicht weiter. Moosmann forderte schließlich die Vertagung um 14 Tage – und erhielt dafür eine Mehrheit mit den Stimmen der Freien Wähler und der ÖBB-Fraktion.

Als Standortgemeinde wurde Warthausen vor der offiziellen Verbandsversammlung angehört. Nach dem Votum des Warthausener Rats habe sich der Zweckverband entschieden, seine Sitzung ebenfalls zu vertagen, teilte der Verbandsvorsitzende Wolfgang Jautz am Dienstag mit und fügte hinzu. „Ein neuer Termin kann noch nicht genannt werden.“
